

# Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkaturen und verwandten Berufsgenossen,  
sowie der  
Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkaturen Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Gedruckt, verantwortlicher Redakteur: Fritz Paeplow, Elbe in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1.— ohne Postgebühr, bei Befüllung unter Kreuzband M. 1.40.

Anzeigen die dreigeklammerte Beiträge oder deren Raum 80 A. — Postkatalog Nr. 3116.

Nebaktion und Expedition: Hamburg, St. Georg, Neue Brennerstraße 16, erste Etage.

Inhalt: Arbeiter, merkt auf! — Münchhausen. Herr im Hause. — Baugewerbeschöpf. Der baugewerbliche Arbeiterschöpf und die Petitionsdeputation der zweiten Kammer des fachlichen Landtages. — Lohnbewegungen und Streiks. Aus Ostpreußen. — Streitprozesse. — Aus unserer Bewegung. — Verschiedenes. — Literarisches.

**Ausgesperrt**  
find die Verbandskollegen in Nordhausen, Magdeburg, Phrik i. P. und Brandenburg.

## Im Streik

befinden sich die Kollegen in Altdamm, Teterow, Preuß, Ploen, Burg b. Magdeburg, Naumburg, Eisenach, Landsberg a. W., Wriezen, Neumünster, Bremerhaven, Geestemünde, Lehe, Pirna, Mügeln, Auklau, Kalk, Mülheim a. R., und Braunschweig.

## Sperren sind verhängt

über die Bauten der Unternehmer Jagsd. und Köhler in Neustadt a. d. Haardt, Speer und Mittelburg auf Norbertine, Santiß in Potsdam, Niedermann in Herford, Hochbach in Wiesbaden, Lorant Müller (Biegele) in Heegermühle, Lehmann in Heegermühle-Steinfurth, Hülsfeld in Spandau, Reich in Steglitz.

## Arbeiter, merkt auf!

Auf was? In Hinsicht auf die bevorstehenden Reichstagswahlen habt Ihr auf gar Vieles zu merken, damit Ihr nicht das Opfer eines argen Betruges werdet!

Vor allen Dingen merket: Ihr habt es in den Verhandlungen Dejtingen, die jetzt als „Haftverhandlungen“ bezeichnet werden, mit jüdischen Redensarten und heuchlerischen Versprechungen um Eure Stimmen gebuhlt, mit Verschwörungen gegen die Arbeiterklasse zu thun.

Wer Augen hat zu sehn, der sehe! Diese Verschwörungen sind allerdings nicht nach dem historischen Muster zugeknüpft, bei dem der im Dunkeln schleichende Attentäter mit „dem Dolch im Gewande“ nicht fehlen darf. Nein, die Verschwörungen, die wir meinen, bilden sich öffentlich, am hellen Tage, ganz ungefähr. Wer sollte sie fören? Sie sind ja nicht gegen eine Regierung und Staatsgewalt gerichtet, sondern gegen die Arbeiter, und da sind sie des Wohlgefällens aller „Guten“ sicher. Unter anderen Umständen könnte man entbeden, daß sie, den öffentlichen Frieden gefährden, allein folgende bösartigen Bestrebungen entdeckt das Vorübergehen der politischen Scherzenkommissare im Klassenstaat gewöhnt nur bei den Arbeitern resp. bei der Sozialdemokratie.

Diese Verschwörungen, die kein Phantasiereiche, sondern sehr greifbar und durchaus ernst zu nehmen sind, erscheinen zunächst in den neuen Organisationen der Unternehmer gegen zukünftige Arbeits-einstellungen, besonders die Unternehmer des Bau-gewerbes, die Innungsmänner, gehen darin mit gutem Beispiel voran. Diese Organisationen sind sehr ausgedehnt und thätige in formelle Sicherungsanfalten verwandelt worden, so daß die Arbeiter auf einen viel stärkeren Widerstand stoßen werden als bisher. Sie werden daher gut thun, recht günstige Konjunkturen abzuwarten, ehe sie zu dem letzten Mittel, zum Ausstand, greifen.

Über die Unternehmer haben so gut wie die Arbeiter das Recht, sich zu organisieren, wird man uns einwerfen, zu bringen!

Woht, aber hinter diesen öffentlichen Organisationen steht noch die geheime, nämlich die schwarze List. Je mehr die Organisationen der Unternehmer sich ausdehnen, desto mehr schwarze Listen werden in Umlauf gebracht, damit die „Räubelführer“ unter den „unbotmäßigen“ Arbeitern der Nachbarcapitalisten preisgegeben werden können.

Hand in Hand mit dieser Vervollkommenung der arbeiterfeindlichen Unternehmerorganisationen geht das Bestreben, die Regierungen dahin zu drängen, daß sie den Arbeitern das Koalitionsrecht befrüchten. Die Regierungen lassen sich leicht drängen, wie der bekannte Prokopowitsch zeigt. Während also die Unternehmer von der Koalitionsfreiheit den ausgebeneitesten Gebrauch machen wollen, so den Arbeitern dieselbe entziehen. In letzter Linie beweist natürlich diese Kapitalistische Verhöhnung, auf diesem Wege den Arbeitern den Kampf um bessere Arbeitsbedingungen, um höhere Löhne und längere Arbeitszeit unmöglich zu machen oder wenigstens zu erschweren und den Widerstand gegen Massenausschüsse und Lohnherabsetzungen von vornherein zu brechen. Das Ziel ist also: Steigerung des Profits auf Kosten der Arbeiter, und dies Ziel wird mit der Hartnäckigkeit verfolgt, welche die kapitalistische Profitgier mit sich bringt.

Selbstverständlich sind auch diese Organisationen nicht allmächtig, daß sie die Gesetze des Arbeitsmarktes aufheben können. Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage wird nach wie vor den Preis der Arbeitskraft bestimmen. Indesfern wird auf dem „Ausflusshaus“ der Produktion in der letzten Epoche nun der Niedergang folgen, soweit er nicht schon erfolgt ist, und da werden die Maginationen der Unternehmer ganz besonders gefährlich.

Mit welchem Jesuitismus die Presse vorgeht, die dem Interesse des Unternehmers und Dividendenjägers dienst, das geht daraus hervor, daß sie die geplante Beschränkung des Koalitionsrechts als „Arbeiterkrieg“ bezeichnet. Jawohl, Schütz der Streitbrecher! Wenn gegen letztere Ausschreitungen vorgekommen sind, so billigen wir sie so wenig wie Andere. Über sie sind doch kein Grund, die Koalitionsfreiheit einzuführten. Ausschreitungen kommen überall vor, bei Jägern und Bourgeois weit mehr im Verhältnis als bei Arbeitern, und mit Polizeigefessen kann man sie weder da noch aus der Welt schaffen.

Das ist aber nicht die einzige Verschwörung, die gegen die Arbeiter gerichtet ist. Dahin gehört auch jene Komplotten der Schloss- und Krautjägern, dem Volke das allgemeine Wahlrecht, nötigenfalls durch einen Staatsstreit, zu nehmen. Und unmittelbar vor uns steht noch eine andere Gefahr auf. Das ist die große Verschwörung der Hochfächzlöiner in der Industrie und der Agrarier in der Landwirtschaft, die darauf gerichtet ist, durch eine scharfe Absperrung der Grenzen die Bahn frei zu machen für eine allgemeine Steigerung der Preise ihrer Waren. Ihnen kommt es nicht darauf an, unser Volk noch mehr, ja bis auf's End auszupowern, wenn sie nur dabei ihre Taschen füllen können. Sie werden nicht alles erreichen, wozu sich ihr gierige Phantasie versetzt, aber sie werden das Neuerliche thun, um ihren Zielen so nahe wie möglich zu kommen. Heraabdrückung der Löhne und Steigerung der Preise der notwendigsten Lebensmittel — eine schöne Auslöschung zu einer Zeit, da man dem deutschen Volke täglich vorrechnet, es sei für eine Nation von Nachern und Vierkinkern eine Kleinigkeit, eine Milliarde für neue Kriegsschiffe auf-

zu bringen. Der wildeste Interessenkampf muß entbrennen, denn wenn die Pläne der Hochfächzlöiner und Agrarier nur zum Theile gelingen, so werden Gegenvorschriften in anderen Ländern nicht ausbleiben und die schon so sehr bedrohte Exportindustrie Deutschlands wird am schweren Darunter leiden müssen. In letzter Linie haben natürlich immer wieder die Arbeiter die Rechte zu bezahlen.

Heute in der Wahlbewegung ist es die Pflicht der aufgerissenen Arbeiter, dem Volke alle diese Gefahren vor Augen zu führen und es vor den Vorliebungen der Demagogen zu warnen, die wieder mit der alten Lüge herortretet werden, daß alle diese Dinge nur zum „Wohle des Volkes“ gereichen würden.

Die Volksausbeuter glauben ihre Zeit nunmehr gekommen, da das Bürgeramt zerplattet, geschrumpft, in Bochum gelagert und zum großen Theil in den Interessenkampf selbst hineingerettet ist.

Um so energischer muß die Arbeiterklasse sich regen, um die Komplote ihrer Feinde zu nichts zu machen.

Der rückständigen Elemente sind leider viele, und auf sie werden sich alle die Verschwörungen stützen. Außerdem wird die drohende Gefahr der Klassenbewegten Arbeiter zu verdoppelten Kraftanstrengungen anspornen.

Sie werden um so zuverlässiger in den Kampf eintreten, als alle die Komplote und wilken Interessenkämpfe unter den einzelnen Schichten des herrschenden Klassen doch auch nur Symptome des rothaften voranschreitenden Verschwörungsprozesses der alten Gesellschaft sind. Daß sie ein Zeichen der Gesundheit des Gesellschaftskörpers seien, wird auch die kleine Zahl derjenigen nicht glauben wollen, die wirklich im Wahne leben, die Weltordnung von heute sei von allen bisherigen die beste.

Wir sind gewiß keine Schwarzhäher, aber es kann sich auch Niemand, der sehen will, der Erkenntnis verstoßen, daß alle reaktionären Mächte sich anstrengen, die äußersten Anstrengungen zur Verwirrung ihrer künftigen Pläne zu machen.

Deshalb, Freunde und Genossen, röhrt Euch! Gedenkt von Euch muß Agitator für die Wahlen sein. Unermüdblich seid thätig, die Unwissenheit über ihre wahren Interessen aufzuläuren, die Indifferenzen zu gewinnen, daß sie am Wahlgange ihre Stimmen abgeben für die Kandidaten der Sozialdemokratie.

Eine andre Parole darf es für keinen Arbeiter geben als die:

**Nieder mit der Reaktion,  
Sieg der Sozialdemokratie!**

## Die Zünfler im Wahlkampfe.

Bon all den vielen dummen, läugnerischen Schlagwörtern, welche die sogenannte „Ordnungspolitik“ erfunden hat zur „Abwehr des Umfluges“, ist eines der dummiesten das von der Feindschaft der Sozialdemokratie gegen den Mittelstand.

Dieses Schlagwort wird jetzt im Wahlkampfe unangenehm von den Reaktionären gebraucht, um die Wähler des Mittelstandes, besonders die Handwerker, zu tödern.

Es ist lächerlich zu sagen, die Sozialdemokratie sei eine „Feindin“ des Mittelstandes und auf dessen Vernichtung bedacht. Die Angräungen und Übeln des Sozialdemokratie über den „Mittelstand“ und die reaktionäre „Mittelstandspolitik“ finden in den tatsächlichen Verhältnissen ihre Erklärung und absolute Rechtfertigung.

Klarlich war ein halbes Jahrhundert vergangen, seitdem Marx und Engels in ihrem „kommunistischen

diese Angelegenheit erledigt war, hielt Wollege W o m e l b u r g einen lehrreichen und mit Beifall aufgenommenen Vortrag über die Bewegung der Mauer Deutschlands. Der Rabenbericht ergab für April für die Hauptstädte Einnahme und Ausgabe von M. 1287,47; für die Provinzialstädte M. 771,36, Ausgabe M. 418,80.

Am 7. Mai stand in **Harsheim** im „Darmstädter Hof“ eine öffentliche Mauerwerksfeier statt, wonit Kollegse Lorenz & Baumgärtner referierte. Derselbe sprach in einem zweistündigen Vortrage über den Borsodauischen Streitkrieg und über die bevorstehenden Reichstagssitzungen. Dann forderte Menges die diejenigen Delegierten auf, welche dem Verbande noch fern seien, doch endlich einmal begegneten, denn nur die Organisation wäre unsre Zukunft. Darauf schlossen sich 12 Kollegse dem Referathe an.

Am 18. Mai fand in Herford, beim Wirth Mühlmann, eine öffentliche Meuterer-Versammlung statt, welche von circa 120 Personen besucht war. Kollege Böigert in Magdeburg sprach in einem zweistündigen Vortrage über die Beleidigungsfreiheit des Koalitionsrechtes, und rügte an, die Versammlung den Wahlkreis, hie gewerkschaftlich und politisch zu organisieren und am 16. Juni dem Mannen die Stimme zu geben, der für die Arbeiterelectoren eintritt. Der Vortrag wurde mit lauten Pausen aufgenommen. Weiter beschäftigte sich die Versammlung mit der Lohnfrage am Dreit. Es wurde nach langer Debatte beschlossen, der augenblicklich ungünstigen Konjunktur wegen die Bewegung vorläufig zu verlagen. Die Pauspette bei Neller man nicht bestehen.

In Biowissenschaften fand nach vier Jahren wieder 'mal eine Mitgliederversammlung statt. Ein öffentliches Lokal stieß den Kollegen auch heute noch nicht zur Versammlung; sie haben sich eine heimelige Wohnung gemietet, wofür sie monatlich rd. 8,50 zahlten müssen. In diesem Lokale fand am 15. Mai die erste Mitgliederversammlung statt, in welcher 36 Kollegen erschienen waren; zwölf waren der Gastronomie neu beigetreten. Über *Glienenius*, einer der Breyler Ausgesuchten, referierte über Belästigung unserer Organisation durch Unternehmerismus, Platten und Plastik. Mit einem dreistufigen Podium auf die Organsatzen wurde die Versammlung geschlossen.

Am 7. Mai fand in Kastor eine öffentliche Mauerversammlung statt. Kollege Dr. o. C. Oetterschen hielt einen Vortrag über „Die Gewerkschaftsorganisationen und die Berufe, die dieselben zu verhindern.“ Die zweistündige Rede wurde mit vielstem Beifall aufgenommen. In einer einstimmig angenommenen Resolution bräuchte die Verfassungen aus, daß sie mit aller Entschiedenheit die Ausbreitung der Organisation unterdrücken wollten. Die Organisation soll nicht nur auf den Papier stehen, sondern die Kollegen verpflichten sich, die Organisation zu zusätzlichen Mitteln, sofern alle Anstrengungen trocken kam und der Arbeiterschaft ein letzter Halt ist.

In Kassel fand am 18. Mai eine öffentliche Mauer-Veranstaltung statt, in der Kollege C. F. von Hamburg über den Bolzfelderbau ihrer Streitkraft, den bauunterstützenden Arbeiterschaft und die historischen und künstlerischen Verhältnisse referierte. Die Ausführungen des Redners wurden mit großem Beifall aufgenommen. Besonders wurde hervor hingewiesen, daß die Arbeiter sich alleben, was sie leige gesetzt hätten, auf ein Entgegnungskonvent ihrer Meisterschaft wenig hörten könnten. Darum seien wir uns selber Gewissen darüber, daß ein jeder Arbeiter einen Platz in der Organisation hätte und diese somit unteiltig, daß alle Männer dann der Organisation beitreten würden, wie es uns einleichtes sein, unsere ehrbare Sache, das der wir schon lange hätten sezen sein müssen, zu vertreten. Genauals müssten wir auch in der politischen Freiheit handeln.

in der politischen Organisation unserer Mannen fallen. Sorgen wir dafür, daß wir nur Männer in den beständig besetzen, die auch die wahren Interessen des Volkes hoch halten. Ehrten wir unseren Gegnern des Volkes Macht. Einer für Alle und Alle für einen! Das soll unsre Parole sein!

eracht wurde; dem Käffner wurde Decharge ertheilt. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Quartals 27, aufnehmend sich in der Versammlung fünf Kollegen.

In Kreuznach fand am 15. Mai eine öffentliche Maartversammlung statt. Die Kreuznacher Freunde sind der Organisation nicht abgenutzt, aber durch die Wahlregelung und deren deshalb noch nicht zur Gründung einer Zehnertafel zu wagen. Einige der in Kreuznach wohnenden Kollegen sind als Eingeschloßener eingeschlossen; gleichwohl am Orte. Die Zahl der dort

Die Bahnhofslandsberg a. W. hielt am Sonnabend, 14. Mai, eine öffentliche Männerversammlung im Rothenberger Saale ab, welche von zirka 175 Kollegen besucht war. Der Tagesordnung stand: "Wie behalten wir uns gegen der Ausprägung der Kollegen bei unserm Unternehmen? S. u. h.".

Die Gesetzgebung der Klöppel dem unternehmerischen U h n .  
Wege Gesetz forderte die Kollegen auf, die Arbeit im  
Gebiet überzugehen. Ein diesbezüglicher Antrag, welcher von  
den Kollegen unterschrieben war, sich mit den Ausgewählten  
verbunden zu erhalten, wurde einstimmig angenommen. Darauf  
wurde festgestellt, dass die Kollegen klar, was sie zu thun  
hatten, um ihr soeben gegebenes Wort auch voll und ganz  
einzuhalten. Der Kreditor musste auch auf die Gefahren aufmerksam, die  
sonders der § 158 der Reichsgesetzesordnung mit sich bringt.  
Werke fand am Montag, den 16. Mai, Vormittags 11 Uhr,  
eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Kollege Schröder  
in Altenbergen über die gegenwärtige Lage und die Streiks der  
Arbeiter Deutschlands referierte. Zur Zeit befinden sich in Lands-  
berg 216 Kollegen im Auslande, davon sind verhaftet 161,  
insgesamt 299 Kinder, 54 sind unterverschafft; mehrere  
haben den Ort verlassen.

Legen den Ort verlassen, meinte  
Am 14. Mai fand in Marktansäßt eine Bauhandwerker-  
ammlung statt. Kollege Mertel-Nürnberg referierte über  
Arbeiterfeuerkraft, Koalitionsrecht und die bevorstehenden Reichs-  
wahlen. Eine Resolution, die sich mit den Anstrengungen  
Referenten einverstanden erklärte, und wobei die Verhandlungen  
prägten, mit aller Energie dachte an, was die Bergarbeiter  
Bauhandwerkerfing geschafft werden wird, wenn keine ausgeprobo-  
rt, daß der Nationalsozialistische Eratz einer Einigung zur Ver-  
festigung des Koalitionsrechtes gleichzustellen ist und diese  
durch kraftige Arbeitsergebnisse und durch die Wahl  
demokratischer Arbeitskollegialordnungen entgegen gearbeitet  
werden kann, wurde einstimmig angenommen.

Am 11. Mai tagte in München im „Kreuzbräu“ eine öffentliche Maurerberufsmannung. Die Versammlung war leider wiederum nur schwach besucht, obwohl sich über den Händlern Maurer eine drohende Gewaltversetzung befand. „Die Auspeitung der gesammten Bauarbeiter seitens der Unternehmer“ hingenommen. Die Drohung der Unternehmer ist ja nicht zur Sache geworden, aber am Tage der Versammlung wußten die Maurer keineswegs, wie die Sache ausgehen würde, und waren daher mehr als frustriert. Leider stimmt den Maßnahmen der Unternehmer gleichzeitig gegenüber zu stehen. Neben die Zeige des Orts referierte Genosse Mayer. Referent empfahl den Kollegien dringend, sich der Organisation anzuschließen, soweit es noch nicht geschehen. Die Maurer durften sich nicht mehr als einzeln bilden, das das Münchener Gemeinschaftsgefühl längst dahin; der Kampf, den die Schreiner, mit Vertretung einer Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes führten, habe es gezeigt, daß die Münchener Bauunternehmer wahre Proven waren. In längeren Ausführungen behandelte Stedtmann die Arbeitswundbarkeit des Kampfes der Arbeiter auf Wirtschaftsfeldern und politischen Gebiete, auch führte er auf Wirtschaftsfeldern die Errungenheiten der Arbeiter der verschiedensten Länder vor Augen. Eine lebhafte Diskussion folgte dem Vortrage. Stedtmann wurde eine Befreiungserklärung gemacht, welche die Situationen der Maurerwerke genau beschreibt und gegebenes Faziles forderte. Formulaturen formativ soll. Nachdem noch zwei Delegierte vom ehemaligen Verhältnisverein geworben wurden, erfolgte Schluß der Versammlung.

Und die dazu nötigen Maßregeln zu berathen und der Regierung geeignete Vorschläge diesbezüglich zu unterbreiten, werde im nächsten Jahre ein allgemeiner Baubauverbundes feststehen; nicht Organisationsfragen, sondern Gesetzesfragen fallen der Arbeiterschaft und Handlungsfeld auf eine einheitliche Bauordnung werde deshalb bestmöglich. Zum Schluß forderte Redner die Anwendung aus, zunächst ihrer Organisation beizutreten, da sie wirtschaftlich im Stande sind, sich zur Reisezung einer besseren Lebenslage zusammenzuschließen, dann aber auch politisch ihre Schultheit zu thun; man wäre gerade in dieser Zeit Gelegenheit, und zwar am 16. Juni, bei der Abstimmungswahl, da sollen die organisierten Arbeiter zeigen, daß sie wirtschaftlich und politisch ihre Klassenlage besserstellen haben und daß sie nun solchen Beuten ihre Stimmen geben werden, von denen sie wissen, daß sie die Vollstrekt in dem von ihnen gewünschten Sinne verkehren. Reicher Besoff lohnte die Ausführungen des Redners. Nachdem gegen die unrichtige Berichterstattung in den Porsheimischen Zeitungen über das Bauamt protestiert worden, nahm die Versammlung folgende Resolution einstimmig an: „Die heutige Maurerberufsmannung sieht in den ungenügenden Schwabborrichtungen an den Porsheimen Bauten einen Ausfluss der kapitalistischen Profitsucht des Unternehmers, welcher nur durch eine gegebene Kraft in der Öffentlichkeit und durch eine gute Organisation begegnet werden kann. Sodder ambossende Bauunternehmer verpflichtet sich, an dieser Aufgabe mit zu arbeiten!“

Die Porsheimische Baumeisterkammer liest am Dienstag, den

Am 16. Mai fand in Münster eine öffentliche Maurer-  
tagung statt, in der Kollege D o i g t Magdeburg über  
die Streitfragen des Grafen Polabonsky, den bauingenieur-  
schen und die historischen Meißtglaswandschalen referierte.  
Der Referent erledigte seine Aufgabe in einem zweifühligen Vortrage:  
die realisierten Gefüle des Juntenthums gehen hinc, das  
politisches Gehirn ganz zu beleben. Beweis: der Streitfras-  
ter Grafen Polabonsky. Das Recht, sich zu vereinigen,  
weitere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen, soll den  
arbeitern illusorisch gemacht werden. Streitende Arbeitnehmer werden  
an von der Polizei und den Gerichten außerordentlich streng  
behandelt. Aber den Unternehmern gewähren diese Unrecht  
Die Bayreuther Bommereverbund hielt am Dienstag, den  
17. Mai ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Zunächst  
berief der Vorsitz die Abrechnung vom ersten Quartal, welche  
von den Mitgliedern für richtig befunden wurde. Dann erhieltte  
der Vorsitzendebericht der Konferenz, die am 24. April  
in Stettin stattgefunden hat. Auch wurden die Kollegen, die  
der Centralraenkasse fernstehen, ernstlich aufgefordert, her-  
kunft beizutreten, damit bei Krankheitshilfen der Streit mit dem  
Drohsche vermieden würde. Gerügt wurde, daß auf dem  
seinen Paus (chemische Fabrik) mehrere Kollegen Überbrunden  
arbeiten; die betreffenden Kollegen wurden dringend ermahnt,  
ihren Pflichten nachzukommen. Zum Schluß wurde der Kollege  
K. D i t t m e r als Vorsitzender gewählt.

jauert, aber den Unternehmern genügten diese Urteile nicht, verlangten härtere Strafsummungen gegenüber dem antisemitischen Terroristen freitüchtiger Arbeiters. Siegerow musste schließlich Front gemacht werden. Neben kritisiert ferner die schlechten Bauarbeiter und Arbeiter, wie sie in Mecklenburg und Brandenburg überall üblisch seien. Dasselfangen werden ganzheitlich bedacht und Schuldgerichte hat man sehr wenig ausgetragen. Organisationen seien nützlich, aber die Wehrhaftigkeit der Agenten fehlte dem Berufs- und Verbänden noch nicht hergestellt haben, sonst würde sie sich nicht so willenslos auskömmen. Die lange Arbeitszeit führt zum Ruine des Arbeiters. Derneier erfuhr sodann die Kollegen, nur solche Vertreter in den Betrieben zu wählen, die auch in Wohlstand die Arbeitnehmervertreter treten. Genosse Würgle gäbe am 21. April erneut noch die Ausprägung des Referenten und erfuhr die Begründungen, die Arbeitskraft so steuer wie möglich zu verlaufen.

In Naumburg (Saale) fand am 10. Mai eine öffentliche Mauererwerbungsumfrage statt. Kollege Dr. v. d. Leyen sprach vor den Zweig der bevorstehenden Landeskonferenz, und auch andere Redner den Vorwurf des Verbandsbezirks bei der willkürlichen Beitragszum-Streikfonds. Vorläufig hielten 10.000 Wähler eingeführt und die Kollegen an regelmäßige Abstimmung abgelenkt werden. Zum Schluss wurden noch die Mäßigstunde aufgenommen.

In Nordhausen fand am 19. Mai eine öffentliche Mauererwerbungsumfrage statt. Kollege Dr. v. d. Leyen referierte : „Der Potsdamerische Streiterkampf, die Arbeitskampf im Gewerbe und die bevorstehenden Reichstagssitzungen.“ Redner sprach die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse, beleuchtete am 10. und 11. Mai der Gewerbeordnung und ermauerte die Kollegen, um am Sonnabend einen Arbeiterversammlung zu geben. Als Frauensmann wurde Kollege Karl Klopff, Wässergasse 3, gewählt.

Am Sonnabend, den 7. Mai, hielt die Zahlstelle Novau eine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Diese war gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden die Sammel- und revidierte das Resultat war durch Einschiffung gut zu nehmen. Auf Vorschlag der Rätelexe die Abrechnung vom ersten Quartal, die wurde von der Beratungskommission für richtig befunden. Genossen

Die wurde vor der Verhandlung für richtig befunden. Dann über die Baupreise debattiert. Der Bau, Stoffes Freya, geheftet, um die Erhöhung des Sündenlohnes auf 45 & die Abholzung der Altförderung zu erzielen. Weiters wurde gegen den Angriff auf die Kollegentheilweise verteidigt. Am Fabrikbau Dresden, wo die Baupreissteuer erhöht wurde. Am Fabrikbau Dresden, wo die Baupreissteuer erhöht wurde, legten fünfzehn Kollegen die Arbeit und forderten die Wiedereinstellung des Kollegen Groß obgleichzeitig die Erhöhung des Rohlohs von 45 auf 50.- eintrat. Später wurde eine Einigung dahin erzielt, daß Kollege wieder eingestellt und der Lohn von 45 auf 48.- erhöht wurde. — Die Verhandlung schloß, dem Kollegen Innstädte gab dann noch bekannt, daß die Ausschüttung nach Kollegen Hempel, Schädel und Emil Schatter, die in Richterstraße als Grelotreder fungiert haben, vom Vorstande abgelehnt werden sei. Aufgerufenen Güterschlüssel am 18. Februar, die noch beschlossen, unter Güterschlüssel am 18. Februar, für unsere Interessen mit Tisch zu kämpfen.

In Reichensperg fand am 18. Mai eine öffentliche Mitarbeiterverhandlung statt, wobei ich hauptsächlich mit der Wahl eines Delegierten zur Landeskonferenz beschäftigt war. Die Verhandlung war schlecht besucht, was daran einen Grund haben dürfte, daß viele Kollegen nicht gewillt sind, die Konferenz zu besichtigen; dies wurde auch in der Verhandlung ganz ausdrücklich gebracht. Die Kollegen mochten ihre Stellung damit, daß es doch keinen Nutzen für uns brächte, höchstens unnötige Geldausgaben. Mit Kleinfäden würden von den Großfabriken doch nur in allen Punkten von oben herab behandelnt. Für die Entbindung eines Delegierten reichten sich nur drei Stimmen, während die Mehrheit gegen die Beleistung war. Kollege E. Baumann wurde nicht als Bibliothekar gewählt und werden die Kollegen erüthten, die Bibliothek redt nicht zu beweisen. Belegschaften erwarten: Wer nimmt das auf? Werden die Beiträge restit. soll sofort an seine Pflicht erinnert werden.

Am 8. Mai fand in Wormsheim eine öffentliche Mänterberformung statt, welche zur Gründung einer Zollstelle des Verbandes diente. zunächst hielt Kollege P. h. Stein einen Vortrag über: „Das Kooperationsverträge“. In die Beratung wurden eingeladen: Dr. Ing. Brok als Bevollmächtigter, Albert Stegeman u. als Schriftführer. Befreits bei Straßfeldt wurde bestimmt, daß jeder am Orte arbeitende Kollege 10 Pf pro Woche zu steuern habe.

Die Zollstelle aufrecht hielt am 15. Mai im Lokale des Herrn Stein die erste Mitgliedsberformung ab, die die britische Verwaltung gewährt wurde. Nachdem dieses erledigt war, wurde die Gründungsversammlung ergezogen; zwei Kollegen meldeten sich freiwillig, das Organ der Zollstelle unentbehrlich aufzustellen. Die Mitgliedsberformungen sollen jeden ersten und zweiten Sonntag im Monat bei Herrn Stein, Garnisonsstraße 41, Samstagmorgens 4 Uhr stattfinden. Es liegen hierüber viele weitere Kollegen aufzufinden. Im „Berghofen“ werden von mehreren Rednern die Bauarbeiten und Rüstungen einer scharfen Stellit unterzogen, und die Mitglieder, insbesondere die britische Verwaltung, erfuhr, nichts für die Ausbildung und der Organisation am Orte und für Absiedlung der Mitglieder zu fordern. Die nächste Mitgliedsberformung findet am 22. Mai



entzifferbar liegen, daß sich die tatsächlich Mitglieder der Zahnkommission aufsetzen, die Berliner Maurer zur Anzeige aufzuholen, mit dem alten, ihnen nicht gebührten Material zu sammeln. Die leste gesetzliche Verordnung hat sich zu einem klumigen Befehl, eine Maurer einzusetzen, welche einer späteren Berufung und Vorlesung über den Berufsbesteuer zu melden hat. Bis dahin muß unbedingt das Sammelmaterial außer Funktion gelegt werden, wobei gewünscht der Gebrauch bestehend ist, als widerrechtliche Aneignung fremden Eigentums anzusehen ist. Die vor der zentralen Richtung gewählte Zahnkommission wird beachtigt, Schritte zu thun, daß kein Hinzug mit dem Eigentum der Berliner Maurer getrieben wird. Nachdem noch Kollege W. Schulz a zum zweiten Bevollmächtigten gewählt worden war, wurde die Verordnung mit einem kräftigen Hoh auf die Verbandsorganisation geschlossen.

Die Berliner Gewerkschaftsgesellschaften, die Berliner Gewerkschaften und die Berliner Gewerkschaftsgesellschaften gejciojten. 17. Mai wurde bestimmt, daß den Gewerkschaften Gründungsmitglied von 70 & bisher kein Unternehmer bestimmt werden sollte. Allein diese Regelung, die noch viel mehr erreicht werden mußte, ist eine sehr gute. Sie ist es notwendig, die Organisation zu stärken, damit sie die Erwartungen befriedigen werden kann. Beschlusses wurde folgender: S. & L. & C. Co., die sich weigert, den Taxifahrern anzuerkennen, nochmals vorzuladen zu werden. Berücksicht der Betriebsausweispitze wurde bestimmt, daß jeder eingetragene Betriebsausweise vor- und Nachmittags sich per Telefon bei Stobnatz, Anklamer Straße 10, zu melden hätte und ebenso müsse jeder auf diesem Wege anzeigen, wenn er in Arbeit gestellt ist. Der Eintritt in

„Ich kann Ihnen versichern, wenn er in Arbeit getreten ist. Vor Eintritt in die Tagesordnung hätte die Bekanntmachung das Abenden des bestenserierten Brüderholzkollegien Ernst Däumig in der üblichen Weise gehabt.“

Am 10. Mai fand im Saale „Zum Adler“ in Bösenheim eine städtisch gut besuchte öffentliche Mauerwerksveranstaltung statt. Der Referent, Kollege F. v. Erden, schürzte die wirtschaftliche Lage der Maurer und wie diezen sich lebten sei, wenn alle Maurer dem Zentralverbande der Maurer Deutslands beitreten würden. Eine dem Referat entsprechende Resolution wurde angenommen. Es ließ sich 16 Männer in den Beobachtungsaufnahmen, und wurde durch die Wahl des Kollegen F. v. Bösenheim zum Kassirer einer Filiale der Bahnhofstelle Frankfurt begründet.

Die Bahlstie Gallo a. S. hielt am 15. Mai ihre Mitgliederversammlung ab. Seit drei Viertel Jahren war dies nicht mehr möglich gewesen, da sämtliche Witze ihre Rosale verliegerten. Nunmehr steht der Kollegiaten die „Metzgstaufen“ zur Verfügung. Der Käffle brachte den Mitgliedern das Grabschiff zur Abrechnung vom ersten Quartal vor: Kenntnis: Einmal für die Haushalte 97, für die Lofatstafel 4487 und für einen Streitfall 45,10. Dem Käffle wurde Decharge erlaubt. Auf Antrag des Bevollmächtigten wurden die Versammlungen wieder genehmigt, da einige Mitglieder der Versammlung große Nachlässigkeit an den Tag gelegt hatten. Abschauten und innenwärts der Kollegienstube beobachtet.

Die Fachgruppe Görlitz hielt am 15. Mai eine gut besuchte Sitzung ab: nur drei Mitglieder zeigten sich feindselig. Der Vorsitzende berichtete über die Magazierung einiger Kollegen und den Hofstaatverein Wiesbaden. Auch der Befreiungsfestvorsitz wurde den Kollegien übertragen, so dass sie sich vor dem mit dem kleinen Doktor, in dem kleinen öffentlichen Verhandlungen abgespielen werden können, begutachten müssten. Die Vorsitzenden wurden überzeugt und werden sich auch eine Position zu tragen wissen.

Für den Kreis Darmstadt fand am 8. Mai in Weiterstadt im Gasthaus „Damm“ eine Kreis konferenz statt. Der Vertrauensmann, Kollege Schümann aus Darmstadt, eröffnete Nachmittags 3 Uhr die Konferenz und stellte fest, daß alle Orte, gegen Gründung zu vertreten waren. Schümann erstaute den Bericht der Vertrauensmitgliederversammlung von Mainz und forderte die Delegierten auf, in den Jahreshäfen dafür zu sorgen, daß der Sitzungs kommission Gebühren auf Bezugnahme gegeben werden. Schüller aus Griesheim ist mit diesem Antrage einverstanden, hält aber die Ansicht, daß die Mitgliedsberichtigungen sich erst dann beschließen müssten. In dem zweiten Punkt der Tagesordnung: „Berichterstattung der Delegierten“, wurde am Ende Wernold aus Darmstadt aus, daß es sich seit der letzten Kreis konferenz um sechs Mitglieder vermehrt habe. In Darmstadt wohnen ungefähr 50 Männer, von denen 37 dem Bezirk angehören. Redner ermahnte die anwesenden Kollegen, den Menschen in nur zwei Minuten Zeit zu begegnen, den Gegenseitig würde sein guter Willen sowohl auf die Geschäftsführung wie auf die Partei einwirken. Die Versammlung schloß sich mit einer Abstimmung über die Wahl des neuen Kreisvorstandes ab.

ganze Organisation, als auch auf jeden einzelnen

Werfen. Bei  $\sigma$ -Weiterstadt konnte berichtet, daß die Weiterstadt sehr reich und gut entwöhnt hat: Von 7000 Mauern gehören jetzt 68 dem Verbande an. Werbands überall das Interesse entgegen gebracht hier, so würde es in der Organisation noch besser sein. In diesem Punkt erstaunte Schuchmann genauen Kenntnisstellung von Darmstadt. Zum Bunt! "Agitation in Nord" - Darmstadt ans, daß die Agitation im weiteren wohl Arbeit der Agitationskommission sei, jedoch möglicherweise Kollegen aus den Bauten rege agitieren; dies müsse Verbandsmitgliedern aufs Bläsch gemacht werden. Es ist ja so, man in Darmstadt den kollegialistischen Gruss nicht mehr kennt. Der Mitgliedern; es sei sehr angebracht, daß Verbandskollegen sagt: "Guten Tag, Kollege!" Diesen Gruß, der nur den Verbandskollegen gelten soll, erwartete Kollegen, die noch dem Verbande gehörten, aber vertrieben und werden sich dieses Verhältnisses auch bewußt. Also Kollegen, begegnet Euch mit dem Gruß: "Guten Tag, Kollege!" Nachdem noch in "Verbindendes" ein Institut stattgefunden wurde bestimmt, daß die nächstens Konferenz in Pfingstdat'l stattfinden soll. Die Konferenz wird einen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung.

In Dessau tagte am 18. Mai eine öffentliche Versammlung in Eisenberg's Salón, welche stimmlich gut besucht war. Kollege E. & F. in Bautzen referierte über den sozialistischen Streitkampf. Das Referat hatte einen sehr guten Erfolg, die Anwesenden erklärten, ganz energisch um 1. Wahlrecht und der Arbeiterschaftsbeteiligung einzutreten. Der Vortrag dann noch weiter über den bauerngewerblichen Arbeitsmarkt. Es forderte die Kollegen auf, durch eine kräftige Organisation Befestigung der Mithilfe zu erstreben. Hierauf folgte eine Präsentation mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung der Freimarktunion.

In Dortmund fand am 11. Mai eine gut besuchte Mauereröffnung statt. Folger B 9 d 1-5 Mag ist einen Vorrag über den Bölschestraßenstreifen, die Kollegen aus, fanden sie noch nicht gescheitert, welche die Mauer bekräftigen, da die Stadt kaum, was die Zeit in der befürchtet, will die Wände und Brüder angefochten wird, die alte Befestigung ist praktisch abgegangen, jetzt her gestellt werden, ein Arbeiterschiff findet 16 Kollegen leicht sich in dem aufzunehmen. Mit einem heftigsten Hoch auf die mauerbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

folgende Abrechnung bekannt:

110 Eintrittsbeiträge à 50,-	50,-	M.
6928 Mitgliedsbeiträge à 20,-	138,-	M.
88,-	15,-	"
<b>Gesamtbetrag</b>	<b>153,-</b>	
<b>Haushaltserlöse</b>	<b>153,-</b>	
<b>928,-</b>		
2749 Beiträge zum Streitfeldungs- à 25,-	68,-	M.
2941,-	73,-	"
2941,-	40,-	"
2941,-	30,-	"
<b>Gesamtbetrag</b>	<b>109,-</b>	
<b>Haushaltserlöse</b>	<b>109,-</b>	
<b>Kassenbestand vom vorigen Quartal</b>	<b>109,-</b>	

W u s a g h e

Ausgabe	M.
Wt. die Hauptposte abgehandelt.	4
Weisungserrichtung an 12 Kollegen.	-
Weisung für 15 Mitglieder.	6
Agitation.	1
Porto und Schreibunterstützung.	-
Annonsen.	-
Beräumung des Vertrauensmannes	1
und des Central-Streetfonds.	200
Grußblatt "Solportage".	8
Durchläden.	21
Sonstige Ausgaben.	8

Karliell.		n	12
Einnahme	M. 14805,98		
Ausgabe	" 4380,59		
Stadtschuldenstand	M. 10426,84		
Summa, M. 498			

Borring. Folgende Resolution wurde vor der Verhandlung einstimmig angenommen: „Die Heute im Saale der „Güldenlück“ tagende Verfassung erklär sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verspricht, mit allen Kräften für den Ausbau des Zentralverbandes der Männer Deutschlands einzutreten, um durch die Stärkung der Organisation ein Beispiel zu setzen, wofern die Gesetze der Beziehung, die wenige Tage vor der Arbeit noch mehr zu fürzen, zertadeln müßten.“ Darauf wurden die Kollegen Karls, Dresden-Neustadt,

Dresden-Mitsatz, als Delegierte in das Generalschulgewählt.  
Wieder wurde über die am 22. Mai in Meiningen abgehaltene Landeskonferenz verhandelt, zu welcher die folgenden Punkte auf der Tagesordnung standen:  
Hermann Bürger, Michael Horter und W. H. Schmid als Delegierte von der Verfassungsmannschaft vorgeschlagen und gewählt.  
Hiermit wies der Verfassungsmannschaft darauf hin, dass sie die Anforderungen des Delegiertenkörpers erfüllt.  
Die Anforderungen des Delegiertenkörpers werden im Bezug auf Streitkämpferstellung und bestimmt dem Zentralstreitkampfsozialfonds zu überwachen.  
Der Anteil des Zentralstreitkampfsozialfonds an den Kosten der Debatte der Verfassungsmannschaft angenommenen. Weitere Debatte der Verfassungsmannschaft in dieser Woche aufzuschieben.  
Die Anforderungen des Delegiertenkörpers an die Arbeitgeberverbände und andere Organisationen aufzuheben, um die Arbeitnehmer sofort nachzuholen. Auch die Agitation für den Verband und Stärkung des Streitkampfes noch viel mehr getrieben werden. Nachdem der Verfassungsmannschaft auf die soeben eröffnete Brücke gesetzt, an die sie sich zu wenden kann.

legger, aufmerksam gemacht hatte und von vertriebenen Kollegen bestreitbare Bedrotheit der Bauwerke und Werke, sowie die vollständig ungünstigen Schwierigkeiten, an den Bauteilen einer herben Kritik unterlegen worden waren, wurde die Versammlung mit einem festigen Applaus dankbar für die heldenhafte Kampfesorganisation, sowie bei der Reichsabschaffung mit allen Kräften für die Wahl eines Vertreters gewünscht.

In Gotha fand am 12. Mai eine öffentliche Maurerversammlung im "Gästehaus zum Ritter" statt, leider zeigten die Gothaer Maurer wieder, wie wenig Interesse sie an den derartigen Versammlungen haben, denn von beinahe 300 Mitgliedern waren in höchster Halle 80 anwesend, was ja sehr zu bedauern ist.

„Es liegt mir sehr am Herzen, was der Schule so große Erfolge erschließen, wobei einer sehr lehrreichen Vortrag über: „Die Organisation der im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter und die Verhältnisse, die sie zu verhindern suchen.““ steht. Redner wies in klarer, zweifelsicher Weise nach, daß die Arbeiterschaft heute viel schwieriger unter den Soden der Unterwerbung und Knechtlichkeit zu leben hätte, als in früheren Zeiten. Selbst die militärischen Städte hätten es eines solches Heftes gehabt, als mit es gegengemacht werden, denn diejenigen bei der Tafel zu jeder Versammlung gedorden, was jedoch bei dem sohnreichen Besuch keinerlei Widerstand gezeigt hat. Ein recht interessanter Besuch kennzeichnete Redner die Brothausen der Unternehmung und das fand die Arbeiter harrunghaft wünschen, indem die Zuhörer alle auf mögliche Art und Weise gefordert werden. Der höchste Schwung kam, als die Organisation gegen die Kohlendräder. Dann holprte Redner zum Schluß den Geheimerat des Kreisgerichts Bodenwerder, um zwischen die Reihen der Geheimherren des Kreisgerichts zu treten. Weiter wurden die Petitionen des Unternehmens (Baugewerbsvereinungen) an den Bundesrat, in welchen um Sonst der „Arbeitswilligen“ bitten, vom Redner einer langen Schrift unterzogen. Zum Schlüß wurde den Kollegen ein Scher gelegt, der bei der Metzgerkrammali nur denjenigen Rundbändern die Stimme zu geben, der voll und ganz die Arbeiterschaft vertreten verfügt, das könne nur ein Sozialdemokrat sein.

mit  
gut  
heute  
Mauerwerfammlung. Kolleg P e r - Leipzig  
föhrt eine treffliche Vorlesung über „Wohnebewegung und Städte-  
bau“ aus, bei der M. A. 70,- betragende Schreibzettelkunst,  
welchen ein Maurer bei gutem Gesellschaftsange und guter Witterung  
hat, nicht genug ist; sehr die schwäbische Hofrat Adermann  
habe im jüngsten Berichte erklärt, daß M. 900 für den Arbeiter  
als Schreininkommen nothwendig seien, es müsse deshalb auf eine  
Erhöhung des gegenwärtigen Lohnes hingewirkt werden. Auch  
ist es nothwendig, das Organ der Meister, die „Baugewerks-  
chaft“, darzu folgen, um über die Pläne der Arbeitgeber  
unterrichtet zu sein; daßelbe würden die Arbeitgeber in Bezug  
auf den „Grindel“ tun. Sobald müsse das Soldberatungsgefühl  
unter den Maurern gestärkt werden. Das vorhergehende Frühstück  
bietet Bringe, zuletzt der Leipziger Maurerstreich, bei welchem von

der Kollegen. Am 89.000 zum Streikfonds aufgebracht worden seien, so daß den Streikenden eine ziemlich genügende Unterstützung vertheilt werden konnte. Seither habe der Lehrerstreik auch insgesamt neun Jahre Gefangen für einige Kollegen eingebracht. Der Greizer Kollegen räufe er, an den gesetzlichen Forderungen festzuhalten. Besonders sei an der Belehrung der Arbeitseinsatz festzuhalten, wonach sie für den Arbeitsgruppen hörte, bringe, 8 gebe auch hier einige Kollegen, die lieber 12-13 Stunden statt 10 arbeiten wollten, jedoch würden diese mit der Zeit ebenfalls zur Einsicht kommen. Auch mit der Durchführung der Schlagschlämmungen sehe es noch schwierig aus; auch hierin müsse durch einiges Zusammensein der Meinung gepröft werden. Zum Stufenlohn geforderte Niedrigere noch den Voraussichtsjahrs Streikfonds in genügender Weise. Herauf verpflichtende der Vorstehende die Bahnstiftung, sowohl Freigehobenen eingegangen waren und bemerkte, daß eine große Anzahl Freigehobener noch ausstehe. 3 Parciers erhalten 50 M. Stundenlohn, 1 28, 1 27; 2 Parciers erhalten 40 M. Stundenlohn, 2 38, 1 37, 1 86, 1 31. 2025 Geßell erhalten 5 Geßell 35 M. Stundenlohn, 12 24, 40 83, 105 82, 58 31, 8 30, 1 29, 1 20. Hierauf sei es kein Wunder, wenn bei einer Abstimmung über die Forderung (55 M. Mindestlohn, zehnständige Arbeitszeit) 16 Parciers stimmten. Nachdem sich noch einige Kollegen im Sinne oben erwähnter Forderung ausgesprochen, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 18. Mai laufende Maurerberufskammer befiehlt, an der gesetzlichen Forderung, zehnständige Arbeitszeit und 55 M. Mindestlohn pro Stunde, festzuhalten und zur gelegenen Zeit für dieselbe in den Raum einzutreten.“

Die Gazettele Hamburg hieß am 12. Mai ihre Mitgliedsverbindung am. Der Besuch war sehr schwach. Das hat den Verzicht, als ob sich die Kollegen im neuen Winterhalbjahr befinden; ihrer Interessen zu wahren, halten sie augenblicklich nicht für nothwendig, und doch tut es Niemandem nütziger, als gerade der Hamburger Maurer. Die Bevölkerungsmächtigkeit bestätigt, daß bei dem Unternehmer Odenburg (Staatsarbeitsförderer) Zahlende herrigen: Der Bauaufseher verlangt, daß vollständig gearbeitet werde, wogegen der Unternehmer wohl konstatiell verpflichtet ist; wenn diesen berücksichtigen Verlangungen nicht genügt, mußte die Arbeit verlassen. Sobald aber der Aufseher den Kunden gefeiert habe, kommt der Unternehmer, der wie ein Luchs im Hinterrunde lauert, auf irgend einen Gesellen zu und sagt, das Krägen und Gießen auf der Mauer könne er nicht sehen; er fölle sein Gehirn zusammenpochen. Das soll nun der Geselle? Wagt er die Arbeit, wie es von Staate verlangt wird, dann bekommt das dem Unternehmer zu lange und bei Geesse keine Feierabend. Arbeitet er dem Meister zu Gesellen, das heißt, plötzl. er blickt weg, dann wird er auf Veranlassung des Bauaufsehers entlassen. Das Beste ist es, man lässt den Unternehmer die Arbeit allein machen. Aber die Gedanken wirtschaftlichen Verhältnisse, verschlechtert durch die Organisationslosigkeit des Hamburger Maurer, geben dem Unternehmerhut die Sandbank zu der rostinfesten Ausbildung der Arbeiter. Von solcher Arbeit kann nicht mehr die Rede sein.



desselben in ihrem bisherigen Arbeitsverhältnisse seien mühten; Gründer des Kreises und Förderungen der Streitenden; genaue Darstellung der Schäfte hat und nach dem Streit, insbesondere auch, empfohlen die Streitenden ihre Forderungen durchgesetzt haben; Angaben, ob und inwiefern Berufvereinigungen oder britische Personen auf den Abschluß des Kreises hingewirkt, dessen Dauer bestimmt oder für dessen Zwecke Gehmittel hergegeben haben; welche Einnahmen sind den Streitenden oder deren Familien als Unterstützungen gewährt? Ist der Streit durch Verhandlungen beendet worden, und zwar: unmittelbar zwischen den Parteien oder vor dem Gewerkschaftsrat oder unter Vermittelung von Berufvereinigungen oder dritten Personen? Sind die Verhandlungen von Seiten der Arbeitnehmer oder der Arbeitgeber eingestellt worden? Inwiefern haben während des Gewerkschaftsstreites politisch gehandelt werden müssen? Einheitsrat der Kreis fand zu zentralistischer Maßnahmen stand gegen? Einheitliche Mitteilungen darüber vorangestellt, ob aus Anlaß des Kreises die Staatsanwaltschaft in Auftrag gegeben ist und was dagegen? Inwiefern die nachweisbaren Verluste an Arbeitsplätzen aus Anlaß des Kreises. — Hinsichtlich werdet sich der Staatssekretär v. Bodenbender an die Arbeitnehmer erinnern. Er würde dann bestimmt die zentralistische Statistik erhalten.

\* Der Verband der Buchbinderei veröffentlicht die Abrechnung für das Jahr 1897. Der Verband, der 59 Buchstaben, eingeschließlich der Mitglieder in Sachsen, 6565 Mitglieder, durfte 2006 weibliche.

Gefragt wird, daß trotz der Arbeitslosenunterstützung, welche der Verband zahlt, die Stützung eine sehr große ist. Neu eingetreten sind im Jahre 1897 2630 männliche und 1154 weibliche Mitglieder, und doch weit die Abrechnung des Jahres 1897 gegenüber der des Vorjahrs ein Minus von 1153 auf. Das ist ein Abzug von 930 männlichen und 2007 weiblichen, gleich 4997 Mitgliedern. Diese Thatsache steht dem Verbandsbericht so, zu erwarten, ob nicht eine höhere Unterstützung resp. eine weitere Ausweitung des Unterstützungsmaßnahmen auf gesamten Grundstock notwendig sei, um die Mitglieder dauernd an die Organisation zu halten.

Am Arbeitslosenunterstützung wurden im Jahre 1897 1002 männliche Mitglieder, M. 13.283,36 veranschlagt, an 45 weiblichen Mitgliedern, M. 501. Im Durchschnitt bezog jedes arbeitslose männliche Mitglied für 20 und jede weibliche für 24 Tage Unterstützungen. Die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung erforderlich im Jahre 1896 1.914.831, der regelmäßigen Beiträge, im Jahre 1897 17.931.

Am Gemüsegartensunterstützung wurden M. 2.835,67 verausgabt, für Fleischzutaten M. 491,37, zur Bereitung der Zeitung mit M. 11.850,41, eingestellt an die Verbandsstelle wurden M. 66.986,92, die Kosten an den einzelnen Zabstellen M. 1.479,83, dem einen Gutsboden bei der Verbandsstelle M. 18.03. steht.

Die Einnahmen der Verbandsstelle betrugen M. 60.504,10; davon sind die Gewinne, neben dem Gutsboden bei der Zabstelle, die der Zeitung mit M. 1759,17 und der Zins aus Kapitalen mit M. 1037,60; diese sind die Bedeutungen die für die Zeitung mit M. 12.916,11, für Kreis M. 7605,64, für Agitation M. 2799,82, die Kosten des Verbandsberichtes M. 2100,81 und die Gehälter mit M. 2500.

Von der Summe der Kreisunterstützung entfallen noch M. 1844,47 auf die 1896er Lohnbewegung. Die vier im Jahre 1897 hauptnehmenden Kreise dauerten 32 Wochen und nahmen insgesamt 88 Personen daran. Drei.

Die Wettbewerbskosten der Verbandsstelle betragen M. 25.900,50; am Schluß des Vorjahrs betrug der Kostenstand M. 35.411,44, somit verbleibt ein Bestand der Hauptstelle nach Abschluß des Jahres vor M. 61.817,94.

Die Kosten der Zeitung kommen nach Abzug der Einnahmen auf ein Mitglied in diesem Jahre auf M. 1,78 zu stehen, oder pro Nummer und Mitglied auf 8,4.

Steht nun eine Großstadt vor der Errichtung eines Schornsteinkreisels, so kann man nicht sagen, daß ein System allein die richtige Lösung bilde wird. Im Allgemeinen wird man in einer Großstadt alle drei Systeme: Tiefbau, Abwasserkanal und Hochbau friedlich vereinigt finden; denn jede Stadt wird für bestimmte Bezirke die richtige Lösung bilden und ein Einfluss von einer Stadt in die andere ist nicht bedeutsam, da die Wassergewerbe nichts: kein Gerät bei sich tragen. Das große Publikum wird die Hochbau sehr bevorzugen, denn eine Brücke in hohem Grade mit dem Platz wechselseitig wird bei Tag und Nacht gleich reizvollen Straßenzubehör von Augen ist angenehm, als eine Brücke in einer dünnen Zunahme, die höchstens das Geschäft des Kaufens jeder leidet. Trotzdem hat sich das Publikum, nach verschiedenen Beispiele zeigen, an die Tiefbauart gut gewöhnt und bei einer Unterquerungskreiseln sind ja groß, wie bei den tiefer liegenden Tunnelbahnen.

Aber der Kernpunkt der Sache liegt nicht in der Wahl des Systems, sondern andere Umstände sind von viel größerer Bedeutung dafür, ob ein Betriebsmittel wie das Publikum, selbst und infolgedessen verwirklicht wird. Die Hauptstelle ist eine richtige, den bestehenden Verkehr nachgehende Führung der Linien; denn es ist deutlich unmöglich, den Verkehr abschließen oder ihm neue Bahnen vorzuschreiben. Sodann muß alles geschaffen, um dem Publikum die Benutzung der Bahn so angenehm und bequem wie nur irgend möglich zu machen. Schaffreide, nicht zu weit von einander entfernt, leicht zugängliche Stationen, elegante innere und äußere Einrichtung der Wagen, peinliche Sorgfalt und vorsichtige Belohnung müssen die Benutzung der Bahn nicht als eine unangenehme Notwendigkeit, sondern als eine Vergnügen empfinden lassen. Ein eindeutlicher Fahrpreis muß die Entwicklung des Betriebes erleichtern und eine befriedigende Kontrolle vermögen. Ferner können getrennte Auf- und Abgänge zu den Stationen, besondere Abstellungen für Radfahrer und Motorräder, getrennte Thüren zum Auf- und Entsteigen und Treppen im Innern der Wagen, auf welchen selbststehend der Name des nächsten Station erscheint, die Annehmlichkeiten des Fahrsystems nur erhöhen.

Hoffen wir, daß die noch zu bauenden Bahnen diese Voraussetzungen und sich schnell in die Gunst des Publikums erwerben, damit die beim Bau aufgewandten Millionen nicht als totales Kapital verschwendet werden der Allgemeinheit dienen; denn eine solche Anlage gereicht nicht dem Einzelnen zum Vortheil, sondern den breiten Massen der Bevölkerung. (Druck: Dr. T.)

\* Das Gewerkschaftsgericht in Mannheim macht darauf aufmerksam, daß sich die Herberge der organisierten Arbeiter in Mannheim nach wie vor in der "Centralisation" T. 6, 3, befindet. Die reisenden organisierten Arbeiter werden bringend gebeten, hierauf Rücksicht nehmen zu wollen. Den Anstrengungen anderer, um Orte noch befriedigerer Herbergen zu schaffen, indem die einzige hier befindende Herberge für organisierte Arbeiter ist in T. 6, 3 (Centralisation) befindet.

### Baugewerblieb.

**Föhrlichkeit der Bauarbeiten.** Berlin, 16. Mai. (Gag. Bericht) Auf dem Neubau Hochstraße 69 herauströmende Wasser der Nauenerstrasse Palais. Beim Abriss des Seitenflügels wurden nach Feierabend meisterei Kellnerpfeiler in der ersten Etage mit einem Ton umgesogen. Der eine dieser Pfeiler durchstieg die Decke, wobei zwei Arbeiter und der Bauleiter starben. Während die Arbeiter mit dem bloßen Schuh daranfanden, zog sich der Bauleiter einen Beinbruch zu. Das Ausfließen von Steinen und ganzen Wänden ist laut baupolizeilicher Vorordnung verboten. Darum wurde aber die Arbeit erst recht übersehen. Hatten die Arbeiter mehr abgestrichen und nicht auf dem Balken, wo der Bauleiter auftrug, ausfließen müssen, so wäre das Unglück wahrscheinlich nicht passiert. Wer war nun der Urheber des verfehlten Anordnungs? Die Arbeiter, denen man so gern die Schulden an den Unglücksfallen aufzutragen sucht, doch ganz gewiß nicht. Der Bauleiter fand selbst dabei, daß wahrscheinlich die Arbeiter zur möglichsten Hilfe angehetzt, ohne die nötigen Sicherheitsvorkehrungen zu treffen. Der Bauleiter hat in diesem Falle auch keine Unbedarftheit, wer hat den Verlust gegen die Vorarbeiter angeordnet? nicht erledigt. Würde den Arbeitern die Handarbeit einer wirklichen Baupolizeikontrolle geboten, dann würden Unglücksfälle dieser Art nicht mehr vorkommen. Auf demselben Abschnitt sind auch die Steinbrüche oben nicht abgebaut; ein Bauleiter arbeitet direkt unter einer solchen Brücke und ist jeden Abgang der Gefahr ausgesetzt, zu kriechen, mußte ruhig weiter abgeschobt werden; trocken wurde ruhig weiter abgeschobt. — Beim Abpumpen des Hauses Koppenhagen 3 ist der Dachbauder Sobemann oben vierter Stock mit dem Dachgerüst auf den Hof hinabgestürzt. Der Bergungsführer wurde in schwerer Verletzung ins Krankenhaus aufgenommen. Ein anderer Arbeiter, der ebenfalls auf dem Dach gerüst bestreift war, konnte sich im letzten Augenblick retten. — Der Arbeiter Sobemann verlor auf dem Neubau des Elektrizitätswerkes in der Louisenstraße einen der eisernen Träger, die hinauf gesetzt werden sollten, rutschte herab und traf den Arbeiter an der rechten Hand, von der ein Finger vollständig abgeschnitten wurde. Der Bergungsführer wurde bei dem Unfallsgenossen nochmals verletzt und kommt einem Krankenhaus zugewiesen.

**Bromberg.** (Gag. Ber.) Am 18. Mai ereignete sich hier ein schwerer Unglücksfall. An einem Neubau in der Schwerinerstraße waren zwei Männer und der Unternehmer damit beschäftigt, die Schalung eines Kellergründes zu entfernen, als der Baum die Säulen gelöst waren, das Gebäude zusammenstürzte. Ein Männer wurde unter dem Schutt begraben und konnte mit Hilfe eines Hebergesenks aus dem Krater befreit werden, der andere hatte sich unterbrochen, während der Unternehmer mit leichteren Verletzungen davon kam. Das Gebäude war Meter breit und ruhig zwischen eisernen Trägern; es soll erst am Tage vorher gebaut worden sein. Der Unternehmer ist verhaftet worden.

Drei Jahre. Der 15. Jahre alte Dachbader Schwinger starb in Streit mit dem Dach auf ein Gerüst. Er zog sich einen Schläfenbrand und innere Verletzungen zu. Der Bauleiter bestätigte, daß so ungünstig auf dem Dach auf die unten befindliche Gartenmauer, daß ihm drei Rippen gebrochen sind. Sterbliche Säule war gleich zur Stelle. Der Bergungsführer mußte per Bogen in seine Wohnung gebracht werden.

Kattowitz. Am 20. Mai starb in der Gottstraße in einem Stock hoher Neubau in Trümmer; bisher wurden vier Schwerverletzte aus denselben herauugesogen. Mehrere Personen werden vermisst. — Neueren Meldungen zufolge sind bei dem Einsturz vier Arbeiter und zwei Arbeitnehmer ums Leben gekommen. (Gag. Ber.) Am 15. Mai starb ein Arbeiter des Restaurants "Dong" durch einen herabfallenden Schrein, der im Raum stand, und in 11 und 12 Uhr, arbeitete und auch im Raum seine Schlafzelle (1) hatte, von der Krepppe. Der Bergungsführer wurde am anderen Morgen tot aufgefunden. Die Polizei hatte sein Graben, Abdeckungen und sonstige Schutzausrüstungen festgestellt.

Kiel. (Gag. Ber.) Beim Abriss der "Centralhalle" stieß einem Arbeiter aus beträchtlicher Höhe ein Stein auf den Kopf. Der Bergungsführer erlitt eine Gehirnverschüttung und mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Wrocław (Breslau). Am 15. Mai kam ein Arbeiter, Bauer, von seinen unmittelbaren Kindern, dadurch ums Leben, daß er in dem Brunnenloch des Neubaus der Geigerstraße Oelsdorf vor einer stürzenden, Lehmbund verhüllten wurde. Obwohl man sogleich Anfahrt traf, den Verletzten zu Tage zu fördern, brachte man ihn doch tot heraus.

Münsterheim. (Gag. Bericht) Am dem Neubau des Gefürtzäckers wurde für die Hinterfront das Gerüst zusammen, wodurch drei Arbeiter zum Absturz kamen. Der Maurer S. Heit erlitt schwere Verletzungen und mußte per Drohle nach Klinik gefahren werden; der ganze Körper des Bergungsführers ist zerstochen. Die Waffnung und Bewaffnung des Gerüstes soll durchaus mangelfrei gewesen sein. Münnich. Ein bei Abrissarbeiten am Blaue hochgelegter Ziegelstiel fiel infolge eines Fehltritts seines Meisters hoch und traf Prellmann am Rücken. Die Sanitätskommission

verbrachte ihn in das Krankenhaus. — Ein am Karlsplatz beschäftigter Arbeiter wurde beim Gründungsgraben, infolge Herausfalls eines Bolzens, von nachdrückenden Erdmassen halbwüchsige verschüttet und erlitt einen Beinbruch.

### Unfallstatistik der Hamburgischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft:

Sektion	Unfallanzeige		Todesfälle		Entschädigte Unfälle	
	Jahrs Ende 31. Dez. 1898					
Hamburg .....	173	78	246	2	2	4
Gifhorn .....	28	11	89	—	—	1
Stolp .....	42	30	73	1	1	8
Flensburg .....	18	8	26	—	—	7
Schweden .....	61	27	88	2	1	8
<b>Summa</b> .....	<b>322</b>	<b>149</b>	<b>471</b>	<b>5</b>	<b>8</b>	<b>96</b>

Unfallstatistik der Hessen-Nassauischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft zur Anzeige:	
in der Sektion I	..... 85 Unfälle
" "	..... 16 "
" "	..... 12 "
" "	..... 8 "
" "	..... 15 "
" "	..... 9 "
" "	..... 2 "
" "	..... 2 "
<b>Summa</b> .....	<b>145</b> Unfälle

Zur Anerkennung der Entschädigungspflicht und Feststellung der tatsächlichen Entschädigungen gelangten zusammen 87 Unfälle.

\* **Bremische Straßenbahn.** Das Abgordnetenhaus bewilligte in zweiter Sitzung M. 61.641.000 zum Bau von 18 neuen Eisenbahnlinien, insl. Bremischenlinie. Die Bahnen werden gebaut von Bremberg nach Bielefeld M. 6.030.000, Bremde-Bremisch-Eisenbahn M. 2.967.000, Schiene i. Wester-Eisenbahn M. 4.565.000, Schlossbau-Mühlenbach i. Bonn M. 3.655.000, Bielefeld i. Bonn, Gramberg M. 1.100.000, Bielefeld - Wallenhorst M. 1.680.000, Schmiedeberg i. Schleiden-Lauhersburg i. Schlesien M. 4.490.000, Siegersdorf - Lünenberg i. Schlesien M. 1.180.000, Kreuzenbrücken - Rauen M. 11.560.000, Schleiden-Gremmendorf M. 2.650.000, Gramberg-Tiefenbrücken-Gremmendorf M. 2.412.000, Bielefeld-Bielefeld M. 2.612.000, Rinteln-Winterberg M. 3.670.000, Herborn-Dangenbach M. 7.848.000, Bergneustadt-Olpe M. 8.274.000, Crommelin-Holzenhausen M. 680.000.

\* **Städtische Bauten in Hannover.** Wie folgende Bauteile sollen nachstehende Summen in diesem Jahre ausgewendet werden: Krankenhaus M. 281.279,64, Listerhafen M. 180.420,15, Kanalisationsschiff M. 102.428,28, Prostestationsarbeiten für den Neubau des Rathauses M. 67.891,08, Rathaus M. 120.000, Bürgerhäuser M. 52.900,00, Sammelställe M. 124.085,05, Höhne'sche Döcherhäuser (1. Rate) M. 125.000, Steigerwald M. 1.886.000, Celle-Schwarzeck M. 2.412.000, Ziegelfabrik M. 1.886.000, Celle-Schwarzeck M. 2.412.000, Ziegelfabrik M. 2.612.000, Rinteln-Winterberg M. 3.670.000, Herborn-Dangenbach M. 7.848.000, Bergneustadt-Olpe M. 8.274.000, Crommelin-Holzenhausen M. 680.000.

\* **Städtische Bauten in Bremen sind wie folgt geplant:** Gewitterbauten der Kunstmalerbehörde M. 175.000, Baugewerbe inl. Gründungssteuerung M. 250.000, Mietzinsenbau M. 200.000, Vollstädte M. 40.000, Turnhallen M. 239.000, Gewitterbauten der Gewerbeaufsicht M. 140.000, Polizeidienst - Gebäude M. 75.000, Schmiedegebäude M. 150.000, Straßenbauten M. 770.000, städtische Straßenbahnen M. 1.683.000, Bildenden Künsten und Bildungsregulierung M. 655.000, Kanalisation M. 2.190.000, Errichtung einer städtischen Rechtschaffensfür M. 500.000, Neuamplifikation am Ostwerk M. 500.000, Neuamplifikation am Westwerk und Bau der Hallenperrone M. 2.190.000, Neuamplifikation am Gleis 278.000, zusammen 10 Millionen M.

\* **Submissionsberichten.** Der Baugewerbs-Bdg. entnehmen wir folgende Zahlen über Submissionsergebnisse: Auf die Auszeichnungen der Erb-, und Mauerarbeiten für den Neubau einer Kirche in Gr. Lüdersefeld wurde für die Gebärdeliste der Firma Weißbach in Siegburg das Höchstgebot M. 3.660, während S. Mertens in Lüdersefeld nur M. 1.473 verlangte. — Auch für die Herstellung verlangte Weißbach den höchsten Preis: M. 7.612.795, 95. Die Firma Biegel & Bürgardt bezogen will die Arbeit für M. 4.494.80. 90. Bei der Submissionsliste für die Herstellung der Erb-, Mauer- und Steinbauten arbeitete für das Budget nicht erhellbar, weil sämtliche Bietenden mehr als den vorgeschlagenen Preis gefordert hatten, und zwar: Ge. Freisch. 12.5 psl., S. & S. Gundorf 11.7 psl., Ge. Hirschenthal 10.8 psl., S. Borchard 9.8 psl., Ge. Hamm 9.7 psl., S. Borchard 9 psl., Ge. Hamm & Ge. Herzer 8 psl. Gegen anders geartet sind die Herren in Gleiwitz. Bei der Haftaufwendung erzielten die Angebote auf Herstellung von 8900 qm Holzholzbau aus altem Eisenbahnholzweltenlängen für die Gleisbahn-Hauptverwaltung ergaben sich folgende Resultate: M. 22.800, M. 10.450, M. 7030, M. 8.990, M. 8550, M. 7880, M. 6650, M. 9120, M. 8740, M. 20.050, M. 5510, M. 10.450, Höchstgebot M. 22.800, Höchstgebot M. 3.990. Wer hat da richtig falluliert? fragt hierbei die Baugewerbs-Zeitung. Sie wird aber von den Submittenten keine Antwort erhalten. Wie wäre es, wenn Herr Biegel diese Frage zum Gegenstand einer Interpellation im preußischen Abgeordnetenhaus machen würde? Vielleicht können die Herren, die das Baugewerbe durch den "Beschaffungsbüro" führen wollen, auch vorliegendes Rätsel lösen. Auch könnte die Baugewerbs-Zeitung sich ein Verdienst erwerben, wenn sie bei Veröffentlichung der Submissionsergebnisse den Namen der Submittenten beifügen würde, und ob die Befreitenden den Beschriftungsnachweis schon erbracht haben oder nicht.

### Eine Streitdebatte.

In der letzten Sitzung, die das am 18. Mai geschlossene preußische Abgeordnetenhaus abhielt, widelte sich eine Streitdebatte ab. Veranlaßt wurde dieselbe durch eine Interpellation der Zentrumspartei, betreffend den Arbeiterausstand am Piesbergberg bei Osnabrück; sie betraf die Stellungnahme der Regierung zu diesem Streit. In der Begründung der Interpellation gab der Zentrumsparteiabgeordnete Brandenburg eine Darstellung des Geschehens. Darauf sind die in den Kohlengruben des Piesberges, welcher dem Georgs-Marien-Bergwerks- und Hüttenverein gehört, beschäftigten katholischen Arbeiter (heute ausgetreten, thörls infolge Klämigung entlassen, weil sie gegen ihren Willen von der Gewerbeverwaltung gezwungen worden, an den sieben katholischen Feierlägen, welche auf Sonntage fallen, zu arbeiten). Sieben erfährt die historische und rechtlische Seite an der Hand der Gewerbeordnung und der hannoverschen Sabatordnung, sowie der kontrollistischen Bestimmungen; er schilderte den rücksichtigen Charakter und die ordnungsgemäße, christliche Denkschrift der Arbeiter, die eine Besonderschaft darstellen, insofern sie, meist aus der Gegenwart stammend, zugleich landwirtschaftliche Beschäftigung treiben, und zeigte, wie sie willkürlich seien, die durch eine wirkliche „Notlage“ gebotene Grubenarbeit zur Gewaltnutzung der Männer auch an Feierlägen zu verüben, aber sonst die Feiertage respektieren wollten. Nicht um eine Rohnherhöhung zu erlangen, nicht aus Ungeduldswut irgendwelcher Art, sondern „in christlicher Geistinung um einen idealen Zweck willen“ führten sie den Kampf und „setzen dabei, unter Einhaltung der Ordnung und Ruhe, ihre Rechte ein“. Niederr erörterte die Bestrebungen, welche zur Beilegung des Streits verschafft sind und machen die Gewerbeverwaltung für die militärische Situation verantwortlich. Die „christlich-soziale“ Seite sei bei dieser Erscheinung die wichtigste. Die Sonn- und Feiertage seien „ein von Kirche und Staat gesetztes Abyl gegen Klämigung der menschlichen Arbeitskraft“. Die Industrie stemme sich dagegen um gräßiger Raubtumserhaltung willen. „Was soll hinter dem anderen zurück stehen?“ das sei die Frage. Wither habe die Sonntagsarbeiter den Vorwurf behauptet. „Soll das jetzt anders werden?“

Es ist charakterisch, daß das Zentrum in dieser Falle, wo es sich um „christliche Geistinung“ handelt, für die Arbeiter eintritt. In zahlreichen anderen Fällen, wo die Arbeiter bemüht waren, sich ungerechte Anforderungen der Unternehmer widerzuhören, eine größere Schonung ihrer Arbeitskraft zu erkämpfen, hat das Zentrum, ununter in geradezu brutaler Weise, Stellung gegen diese Arbeiter genommen. Wenn aber Arbeiter um die Aufrechterhaltung christlicher Errichtungen willen zum Streit schreiten, dann sind sie immer der Unterstützung des Zentrums sicher.

Der Handelsminister Brefeld antwortete auf die Interpellation: es habe sich bei den Arbeiter an den betreffenden Feierlägen um Notarbeiten gehandelt. Diese Arbeiten hätten geleistet werden müssen im Interesse des Betriebes. Doch erklärte er, „welt davon entfernt zu sein, auf die Arbeiter eine grobe Schuld zu wälzen“. Es liegen Mißverständnisse zu Grunde,

### Städtischer Schnellverkehr.

(Schluß)

Diese Schnellverkehrslinien in London, Berlin und New-York, von denen jede in ihrer Art großartig dargestellt ist, stannten längere Zeit vereinzelt da und erst im Anfang des vorherigen Jahrhunderts mit dem Aufgang des 20. Jahrhunderts hat man weitere Schnellverkehrslinien entstehen, nachdem eine Menge von Vorläufern aufgetreten war, die Mängel einzelnen Systemen zu beheben. Eine Tiefbahnen nach dem Londoner Vorbild und eine Hochbahn, wie sie Berlin besitzt, sind nach heutigen Maßstäben zu langsam und deshalb von vornherein unrentabel, wenn man ausnahmsweise zu günstigen Bedingungen vorlässt. Die New Yorker Hochbahn ist zu haptisch und im Innern einer europäischen Großstadt unentztorbar. Es müssten erst Systeme gefunden werden, die neben dem Allgemeinen auch der Schönheit Rechnung tragen und nicht zu großen Kosten verursachen. Diese liegen nun leicht in einer Reihe von Ausführungen und Projekten vor.

Die Hochbahn wurde mehr an's Tageslicht gezogen und entwinkelte sich zur Unterflächenbahn. Die Hochbahn wurde gründlich auf ihre Schiene gerichtet und nahm leichtere und gefährlichere Formen an. Die Elektricität, die sieben Wäschefabriken Alles, wurde ausgiebig benutzt und mußte zur Fortbewegung, Belieferung und Bremse des Wagens, zur Steuerung der Signale und Weichen, zur Blockierung des Strecke und zu diesen Änderungen dienen. Aufgabe dieser Weisheit ist die Anwendung verschiedenartiger Schnellverkehrsmittel der neueren Zeit elektrisch betrieben, und als herausragende Beispiele seien angeführt die neuen Tunnelbahnen in London und Glasgow und die Untergrundbahn in Budapest; ferner die Hochbahnen in Liverpool und Chicago. Dann tritt als Vereinigung von Hoch- und Tiefbahnen die neue elektrische Stadtbahn in Berlin von Siemens & Halske vor Augen, und zum Schlus sei die in Ausführung begangene Londoner "High-Schwebebahn" überfeld-Barmen-Wuppertal erwähnt.

In London wurde im Jahre 1890 eine neue elektrische Untergrundbahn begonnen, die City and South-London-Railway, eröffnet, seit 1894 sind zwei weitere im Bau. Diese drei neuen Straßen sind zunächst gelegen als die alten und wegen Beschädigung des Profils baulicher gebaut. Die Höhe des Fahrwagens ist nach einer neuen Method geregt. Auf der ganzen Strecke gilt eine einheitliche Höhenlage, der in den einzelnen Stationen beim Befahren eines Dreiecks entrichtet wird. Der Fahrtzeit ist einheitlich, jedoch nach

und darum dürfe man vertrauen, daß die Gewerbeverwaltung auch ihrerseits ein Einschrein haben werde, wenn die Arbeiter sich dazu verleben wollen, die Arbeit wieder aufzunehmen. In solche Ausstandsverhältnisse staatschweifig einzugehen, lehnte er ab.

Auso willich? Es ist doch aber schon so oft dagewesen, daß staatliche Organe, Minister und andere Leute, welche die staatliche Autorität repräsentieren, in Arbeiterausstände in der Weise eingreifen haben, daß sie offen Partei für die Unternehmer und gegen die Arbeiter nehmen. Man erinnere sich des Puttkamerischen Streikverlaß und ähnlicher amtlicher Kundgebungen, in denen Polizeibehörden angebaut wurden, die Recht der streitenden Arbeiter zu unterdrücken. Man erinnere sich weiter, wie im Reichstag der Staatssekretär v. Bötticher den Streik der Hamburg-Altonaer Hafenarbeiter verhindert und die Sache der Unternehmer unterstellt hat.

Der nationalliberale Abgeordnete Dr. Benuhmer charakterisierte die Frage dahin, daß es sich darum handle, „wer Herr im Hause sei“. Er suchte darzulegen, wie die Arbeiter von Agitatoren, besonders einem Herrn Brust, und von der nieberen Geistlichkeit aufgebracht seien, um eine wirkliche „Notlage“ gebotene Grubenarbeit zur Gewaltnutzung der Männer auch an Feierlägen zu verüben. Dieser Herr Benuhmer ist Angestellter von Unternehmern. Selbstverständlich kann man von ihm nichts Anders erwarten, als ein parteiliches Eintreten für die Unternehmer.

Der freikonservative Abgeordnete v. Bieblach stellte sich, ganz im Geiste des Herrn v. Stumm, natürlich auch auf die Seite der Unternehmer, und der nationalliberale Abgeordnete Dr. Sattler leistete ihm Gefolgschaft.

Die ultramontane „christliche Volkszeitung“ ist mit der Antwort des Ministers nicht zufrieden. Sie verweist auf England, wo man über die staatliche Einmischung in Arbeiterausstände anders denkt. Dort ermächtigt das Gesetz den Handelsminister, bei Streikfechten Arbeitgeber und Arbeitnehmern seine Vermittlung anzubieten, und insbesondere, wenn er von einer Partei darum erachtet wird, Vorhängen zum Frieden zu machen und einen Schiedsgericht zu führen und zu verhindern. Bei dem letzten großen Maschinenbaukampfe hat Handelsminister Pöhlisch wiederholt Friedensvorschläge gemacht und damit nicht wenig zur Beilegung des Ausstands beigetragen.

Die ist aber wohl zu mecken: Die englische Regierung folgt in Bezug auf Streiks und Arbeiterorganisation anderer Grundsätze als die preußische. In Preußen ist es vorgenommen, daß ein Minister den Unternehmern zusagt: „Wir arbeiten ja nur für Sie.“ Das ist in England noch nicht vorgekommen.

Die „christliche Volkszeitung“ meint: „Bei uns betrachtet sich die Regierung noch viel zu sehr als der Schutzherr der Unternehmer. Der Fall, daß sie sich ganz auf die Seite der Arbeiter gestellt hätte, ist noch nie vorgekommen; wohl aber hat sie sich wiederholt mit den Unternehmern gegen die Arbeiter vereint. Proklamirt man den Grundtag, daß die

Benthalstelle sich nicht einschaffen könne, dann darf man auch nicht in öffentlichen Reden das Verhalten der Arbeiter verschleiern, wie es wiederholt im Reichstag von Seiten der Minister und Staatssekretäre geschehen ist. Wir erinnern nur an den Hamburger Hafenarbeiter-Ausstand und an verschiedene Bergarbeiter-Ausstände. Da wurde von Regierungsspitze aus das Verhalten der Arbeiter als ungerechtfertigt und fridol hingestellt. Müssten durch solche Parteinahe die Arbeiter nicht in dem Glauben gestärkt werden, die Regierung halte immer nur mit den Unternehmern?“

Ganz richtig! Aber wir müssen die „christliche Volkszeitung“ doch daran erinnern, daß das Zentrum im Reichstag durch das Verhalten der Regierung offen unterstützt hat. Als dort über den Hamburger Hafenarbeiterstreik berichtet wurde, machte Herr v. Bötticher die Unternehmer gegen die Arbeiter verhängt und den Streik einen frivolen genannt hatte, schlug der Zentrumsparteiabgeordnete Dr. Sieber denselben Ton an; er sprach, den „durch die Sozialdemokratie verhängten Arbeitern“ und hatte nichts dagegen eingesandt, daß die Regierung den Unternehmern ihre Sympathie befunden. Die gesamte Zentrumspresse hat damals in geradezu schändlicher Weise gegen die Streitenden gehetzt. Nur aber, wo es sich die christliche Feierläge, die „christliche Geistinung“ durch einen Streik zu verhindern galt, da pfeift das Zentrum aus einem anderen Stock! —

Was die Frage der Einmischung der Staatsgewalt in Streiks anbetrifft, so ist unsere Stellung dazu von jeher eine klare und bestimmte. Nicht die Staatsmänner sollen sich einsetzen. Es sollen auf gesetzliche Grundlage obligatorische Einigungsämter errichtet werden, wie sie die Sozialdemokratie im Reichstag des Deutschen Reichs gefordert hat. Von einer Einmischung der jeweiligen Regierung dürfen zunächst in Preußen, die Arbeiter für ihre gerechte Sache nichts erhoffen.

### Nürnberg.

\* Als Versicherungsausfall, zu deren Vertrieb die ministerielle Genehmigung polizeilich ist, soll zur Absicherung mal wieder der Zentralverband der Männer genehmigt werden. Diesmal ist es der Antikorridor in Paray a. d. C. (Kreis Jerichow II), der die Neugkeit entdeckt hat. Der Leiter der Verbandszahnschule in Paray hat die Auforderung erhalten, binnen 48 Stunden, von Zustellung der Verfügung an gerechte Genehmigung zum Betriebe der Gegenseitigkeits-Versicherung zugeleitet werden. Der Herr Antikorridor wird sich gleichzeitig melden. Er ist ja nicht der Typ, der ohne daß die gewöhnliche Beobachtung begebracht wurde, das Bestehe des Ausfalls über sich ergehen lassen möchte.

\* Vorarbeiten zur Belebung des Koalitionsstreits. Eine Statistik des Streits soll nach dem Modelle des Reichstags vom Bundesrat vorgelegten Entwurf vom 1. Januar 1899 ab regelmäßig für das ganze Reich aufgenommen werden und folgende Punkte betreffen: Ort des Streits; genaue Bezeichnung des Betriebes; Anzahl der Betriebe, in denen überhaupt gestreikt wurde; Anzahl der Betriebe, die durch den Streit zu vollständigem Stillstand gekommen sind; Gesamtzahl der bei Ausbruch des Streits in den ergreifenden Betrieben beschäftigten Arbeiter; Datum des Beginns und der Beendigung des Streits; Höchstzahl der während der Dauer des Streits gleichzeitig streitenden Personen; Anzahl der Streitenden, die zur sofortigen Arbeitsniederlegung bereitstehen und derjenigen, die kontraktwidrig waren; Höchstzahl der Arbeiter, die sich am Streit nicht beteiligt haben, aber infolge

der Tageszeit verschoben. So z. B. betrug er im Sommer 1895 an der Endstation der Bahn: Morgens von 6 bis 6 Uhr 1 Person, von 6 bis 8 Uhr 2 Person, von 8 bis 10 Uhr 3 Person und von 10 bis 11 Uhr Abends wieder 2 Person. Dem System soll bewährt haben und beweist, daß kaum Menschen durch längeres Streiken die Pausagiere anzuholen und in den starken Verlusten (Morgens 6 bis 10 Uhr) gute Einnahmen zu erzielen.

In Glasgow bestehen drei verschiedene Tiefbahnen. Eine verbindet sie in das Städtegebiet ragenden Bahnhöfe miteinander und sind als zweigleisige normalspurige Tiefbahnen mit tunnelartigem Profil ausgeführt. Die dritte Glasgower Untergrundbahn, die District Subway, ist eine 10 km lange Tiefbahn von kleinem Profil. Sie vermittelt den Verkehr der Stadt über den Clydesdalen und geht deshalb zweimal unter diesen durch.

Eine Unterflächenbahn modernster Konstruktion ist die von Siemens & Halske erbaut und am 1. Mai 1898 eröffnete Budapest-Subte, deren Bau im Herbst 1896 begonnen wurde. Sie geht vom Zoologischen Garten in heimige gebrande Mühle nach der Margarethen-Brücke und seit ungefähr in der Mitte der Linie bis unter Straßendurch und geht als Unterflächenbahn unter der Königinstraße, Sommerringe, dem Reichstag durch. Diese Unterflächenbahn wird drei Kilometer lang werden und soll eine ähnliche Konstruktion erhalten, wie die von der gleichen Firma ausgeführte Budapester elektrische Untergrundbahn. Die Abmessungen des kleinen Raumes werden jedoch etwas größer als dort, und längs des Reichstagsufers wird die Bahn in einer nach der Spree zu offenen Gallerie geführt. Die Hochbahnen sind am äußersten gelbem Kettlometer lang und als zweigleisige normalspurige Linnen profiliert, damit ein Anhänger an die Städte oder die anschließenden Hauptlinien nicht für einmal abgeschnitten sei.

Der Unterbau besteht zum größten Theile aus eisernen Blächen, und wenn auch alles geschehen ist, um den starken Brückenkonstruktionen gefülltere Formen zu verleihen, so wird man sich doch oft an den Anblick gewöhnen müssen, welchen die in fünf Meter Höhe sich hinzelnden festen Fahrbahnde von sieben Meter Breite bieten. Daß die ganze Anlage als Mauerleitung ausgeführt wird, dafür bringt der Wettlauf der Firmen.

Berechtigtes Aufsehen erregt auch die in Ausführung befindliche Langen-Schwebebahn Wuppertal-Eberfeld. Beide verbinden die zur Verstärkung der Hochbahnleitung im Zentrum der Stadt unmittelbar eröffnete, während Boston die erste Untergrundbahn Amerikas bereits besitzt.

Die neuen Hochbahnabschürungen sind die von Liverpool und Chicago kommenden, aber unzählig sind beide.

Die hochgelegte, über 8 Meter breite Tiefbahn des Liverpool

urteilt beimfahren gleichermaßen starkes Geräusch; auch ist das Aussehen dieser Hochbahn, wie selbst englische Fachleute zu geben, durchaus nicht glänzend, das heißt nicht an Deutlichkeit. Diese beiden Umstände machen aber in diesem einzigen Falle weniger aus, da so wie in so in dem Dorfgebiet, durch welches diese Bahn zieht, die Lärm herrscht und auch kein entsprechendes Publikum dort besteht. Die elektrische Hochbahn in Chicago ist ähnlich konstruiert, besitzt aber an manchen Stellen sogar vier Gleise.

Dass Neueste jedoch eine Kombination von Hochbahn und Tiefbahn ist, die elektrische Stadtbahn in Berlin von Siemens & Halske, deren Bau im Herbst 1896 begonnen wurde. Sie geht vom Zoologischen Garten in heimige gebrande Mühle nach der Margarethen-Brücke und besitzt ungefähr in der Mitte der Linie bis unter Straßendurch und geht als Unterflächenbahn unter der Königinstraße, Sommerringe, dem Reichstag durch. Diese Unterflächenbahn wird drei Kilometer lang werden und soll eine ähnliche Konstruktion erhalten, wie die von der gleichen Firma ausgeführte Budapester elektrische Untergrundbahn. Die Abmessungen des kleinen Raumes werden jedoch etwas größer als dort, und längs des Reichstagsufers wird die Bahn in einer nach der Spree zu offenen Gallerie geführt. Die Hochbahnen sind am äußersten gelbem Kettlometer lang und als zweigleisige normalspurige Linnen profiliert, damit ein Anhänger an die Städte oder die anschließenden Hauptlinien nicht für einmal abgeschnitten sei.

Der Unterbau besteht zum größten Theile aus eisernen Blächen, und wenn auch alles geschehen ist, um den starken Brückenkonstruktionen gefülltere Formen zu verleihen, so wird man sich doch oft an den Anblick gewöhnen müssen, welchen die in fünf Meter Höhe sich hinzelnden festen Fahrbahnde von sieben Meter Breite bieten. Daß die ganze Anlage als Mauerleitung ausgeführt wird, dafür bringt der Wettlauf der Firmen. Berechtigtes Aufsehen erregt auch die in Ausführung befindliche Langen-Schwebebahn Wuppertal-Eberfeld. Beide verbinden die zur Verstärkung der Hochbahnleitung im Zentrum der Stadt unmittelbar eröffnete, während Boston die erste Untergrundbahn Amerikas bereits besitzt.